

Präs: 8. Dez. 2003 Nr.: 2136/J-BR/2003

Anfrage
gem. § 61 Abs. 3 GO-BR

der Bundesräte Prof. Konecny
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend den enormen Anstieg der Kriminalität bei gleichzeitig sinkender Aufklärungsquote

Österreich gehörte durch Jahrzehnte zu den sichersten Staaten der Welt. Eine hervorragend ausgebildete und motivierte Sicherheitsexekutive sorgte dafür, dass die Bürger ruhig schlafen konnten und ausländische Besucher darüber staunten, wie unbesorgt man sich hier fühlen konnte. Dieses Sicherheitsgefühl, das einen wesentlichen Teil der Lebensqualität in diesem Land und auch der Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort ausmachte, bestand nicht nur subjektiv bei allen Menschen, die hier leben, sondern war auch objektiv nachweisbar: In allen Statistiken und internationalen Vergleichen lag Österreich stets an der Spitze. Diese Spitze konnte nur durch ständige Bemühungen und Reformen gehalten werden, die natürlich auch den Einsatz personeller und finanzieller Mittel erforderten. Auf diese Weise konnten auch die neuen Herausforderungen in der Bekämpfung der Kriminalität bewältigt werden, die sich nach dem Fall des Eisernen Vorhanges in den 90er Jahren ergaben. Trotz geöffneter Grenzen konnte die Kriminalität durch vereinte Anstrengungen der Politik und der Sicherheitskräfte rasch wieder auf unter 500.000 Straftaten pro Jahr gedrückt werden.

Seit dem Jahr 2000, dem Amtsantritt der schwarz-blauen Bundesregierung, hat sich dies drastisch geändert. Bereits der Sicherheitsbericht für das Jahr 2002 wies wie der für das vorangegangene Jahr eine stark gestiegene Kriminalität in Österreich aus. Es wurden fast 600.000 Straftaten registriert, eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2001 um 13,6 %. Für das nun zu Ende gehende Jahr 2003 fällt die Bilanz genauso schlecht aus: Alleine im Zeitraum Jänner bis November wurden 607.323 Straftaten registriert. Hält dieser Trend an – was zu erwarten ist – wird also die Gesamtzahl der Delikte um weitere 13% steigen. Im Vergleich dazu wurden 1999, dem letzten Jahr vor Strassers Amtsantritt, weniger als 500.000 Straftaten registriert. Seit dem Amtsantritt von Ernst Strasser ist also die Kriminalität in Österreich um mittlerweile mehr als 20% gestiegen. Besonders betroffen von dieser Negativentwicklung sind die Bewohner von Städten, insbesondere die Wienerinnen und Wiener: Seit 1999 hat es in der Bundeshauptstadt einen dramatischen Anstieg der Delikte gegen fremdes Vermögen gegeben. Sicherheit bedeutet aber Lebensqualität und diese Lebensqualität sinkt zusehends.

Selbst Strassers Koalitionspartner hat mittlerweile erkannt, dass es 5 vor 12 ist und nimmt nicht mehr einfach hin, dass Strasser versucht, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. So wurde der Innenminister jüngst von der Wiener FPÖ aufgefordert, seine Showauftritte zu beenden und endlich mit der Arbeit zu beginnen.

Die nunmehr vorliegenden alarmierenden Zahlen wurden dem Innenminister von der SPÖ bereits vor Wochen fast auf die Kommastelle genau prognostiziert. Der Minister hat aber nur abgewunken und von nicht interpretierbaren Rohdaten gesprochen. Hätte er sein Versagen eingestanden, wäre Zeit zur Entwicklung von Gegenmaßnahmen zu gewinnen gewesen. Das einzige was er jetzt plant, ist aber, eine neue Art der Kriminalstatistik einzuführen, vermutlich mit dem Hintergedanken, die Vergleichbarkeit mit früheren Statistiken zu verhindern um damit die negative Entwicklung zu verschleiern.

Die innere Sicherheit und die Bekämpfung der Kriminalität zählen aber zu den zentralen Aufgaben des Staates und den Hauptaufgaben eines Innenministers. Ernst Strasser hätte dafür zu sorgen, dass die Menschen in diesem Land in Sicherheit leben und sich auch sicher fühlen können. Der Sicherheitsapparat, den Strasser übernommen hat, hat jahrzehntelang dafür gesorgt, dass Österreich das sicherste Land der Welt war. Die Politik Strassers hat leider dazu geführt, dass sich das drastisch geändert hat. Im internationalen Vergleich gibt die sogenannte „Häufigkeitszahl“ Aufschluss über die Kriminalitätsbelastung in den einzelnen Staaten. Hier liegt Österreich mit 7.274 Straftaten pro 100.000 Einwohner deutlich hinter Ländern wie der Schweiz (5.865), Portugal (3.781), aber auch EU-Erweiterungsstaaten wie Polen (3.634) und Ungarn (4.144). Lediglich in Deutschland ist die Häufigkeitszahl und damit die Kriminalität etwas höher (7.893), hier wurde aber bereits einiges getan, um diesen Trend umzukehren (So werden beispielsweise in Bayern 1.400 neue Sicherheitsbeamte eingestellt).

Nun steht der oben erwähnten Steigerung Gesamtzahl der strafbaren Delikte um mehr als 20% seit 1999 auch eine um mindestens 20% gesunkene Aufklärungsquote gegenüber. Das heißt, es steigt nicht nur die Zahl der Delikte, sondern es werden noch dazu auch noch weniger aufgeklärt. Insofern sind Strassers Zahlenspiele (wie zuletzt bei seiner Pressekonferenz am 9. Dezember im Bundeskriminalamt) mit einer angeblich steigenden Aufklärung eine Verdrehung der Wahrheit. Die unaufgeklärten Fälle z.B. in Wien im Bereich der strafbaren Handlungen gegen fremdes Vermögen sind von 72.486 Fällen im Jahr 1999 auf 139.052 Fälle im Jahr 2002 gestiegen, haben sich also fast verdoppelt. In Prozenten ausgedrückt: Die Aufklärungsquote – und nur die gibt Aufschluss über die Effizienz der Deliktsverfolgung - hat sich in Wien von 34,9% im Jahr 1999 auf 17,14% im Jahr 2002 halbiert. Auf Bundesebene, wo seit 1999 eine Steigerung der Delikte gegen fremdes

Vermögen um 28% (Tendenz steigend) zu beobachten ist, ist die Aufklärungsquote in diesem Bereich im selben Zeitraum um 29% gesunken und wird im Jahr 2003 weiter sinken.

Auf diese Zahlen angesprochen nennt der Minister stets Phantasiezahlen von gesteigener Aufklärung und bedient sich dabei eines Zahlentricks. Das ist aber klar, dass in absoluten Zahlen bei gesteigener Deliktshäufigkeit auch die Zahl der ausgeforschten Tatverdächtigen steigt. Mit anderen Worten: In einem vollen Teich ist leicht fischen. Aussagekräftig ist aber in dem Zusammenhang lediglich die Aufklärungsquote und die wird auch im Jahr 2003 weiter sinken. Für die Wienerinnen und Wiener ebenfalls spürbar: Mehr als 24.000 zusätzliche Fälle, die nicht aufgeklärt wurden bzw. werden. Einen großen Anteil an dieser Fehlentwicklung dürfte die Wiener Polizeireform des Innenministers haben. Große, zentralisierte Einheiten sind offenbar für die Bekämpfung der verstärkt auftretenden neuen Formen der Kriminalität nicht geeignet. Sie können die wirksame Arbeit von ortskundigen PolizistInnen im Grätzel vor allem hinsichtlich der Prävention nicht ersetzen.

Wien ist aber nicht das einzige Bundesland, das unter Strassers Unsicherheitspolitik zu leiden hat. Auch in Kärnten etwa hat die Kriminalität zugenommen und der Innenminister unternimmt nichts dagegen. Bei seinem Besuch in Kärnten am 10. Dezember sprach er davon, dass ab dem nächsten Jahr in Österreich rund 1.000 Beamte in den Polizeidienst übernommen würden. Das ist aber ein billiger Trick. Tatsächlich handelt es sich dabei um Zollwachebeamte, die ohnehin schon für die Sicherheit im Einsatz sind. Für Kärnten sind für das Jahr 2004 in Wahrheit genau null zusätzliche Sicherheitswachebeamte vorgesehen.

Aus Niederösterreich ist bekannt, dass – auch aufgrund etwa 400 unbesetzter Planstellen – mitunter ein einziges Einsatzfahrzeug pro Nacht für eine Fläche von bis zu 100 Quadratkilometern zuständig ist und dabei unter Umständen bis zu 40 Kilometer zwischen Posten und Einsatzort liegen können. Angesichts dieser Ausdünnung können sich wohl nur Kriminelle sicher fühlen.

Auch aus Salzburg war zuletzt zu vernehmen, dass weitere Planstellen gestrichen werden sollen. Insbesondere ist offenbar der Cobra-Stützpunkt am Standort Salzburg von der Schließung bedroht.

In Tirol sollen nach den Plänen von Team04 ungeachtet der geografischen Lage wichtige Agenden wie z.B. die Personalhoheit der Bezirksgendarmeriekommanden von Reutte, Imst und Landeck zusammengelegt werden. Dabei wird keine Rücksicht darauf genommen, dass etwa zwischen Reutte und Imst der Fernpass und die B 179 liegt, die immerhin zweitstärkst befahrene Transitroute Tirols. Zweifellos werden sich die verringerten

Dispositionsmöglichkeiten der verbleibenden „Rumpfposten“ negativ auf die Erfüllung deren Sicherheitsauftrages auswirken. Auch ein Verkehrskonzept für diese Region fehlt bislang völlig.

All dies macht deutlich, dass Minister Strasser der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit keine prioritäre Bedeutung in seinem Handeln eingeräumt haben kann. Das einst sicherste Land der Welt mit der höchsten Aufklärungsquote von strafbaren Delikten ist auf dem besten Weg, in die Mittelmäßigkeit abzusinken bzw. innerhalb der EU auch hier vom Spitzenvertreter zum Schlusslicht zu werden.

Minister Strasser hat offenbar seine bisherige Amtszeit hauptsächlich damit verbracht, politisch motivierte Versetzungen und Besetzungen im Innenministerium durchzuführen, um seine Parteigänger in hohe Positionen zu bringen. Dazu hat er unzählige hochqualifizierte Beamte versetzt oder in den Ruhestand geschickt, ohne auf die Aufrechterhaltung der hohen Qualität der Arbeit der Beamten des Ministeriums zu achten. Verdienstvolle und erfahrene Beamte wurden von Strasser in den Vorruhestand vertrieben oder in unbedeutende Positionen abgeschoben. Diese Vorgangsweise hat der Effizienz und der Produktivität des Innenministeriums geschadet und ist eine der Hauptursachen für die abnehmende Leistung des Staates im Bereich der inneren Sicherheit.

Diese parteipolitisch motivierte Personalpolitik ist aber bei weitem nicht die einzige Facette der verfehlten Politik Strassers, die zu einer Gefährdung der inneren Sicherheit geführt hat. Ohne Plan und ohne Sinn wurden an allen Ecken und Enden Kürzungen durchgezogen, die dazu führten, dass es nun deutlich weniger Planstellen gibt. Strassers Behauptungen, sein Ressort würde personell aufgestockt, entsprechen nicht der Wahrheit. Im Vergleich zu 1999 wird es auch im Jahr 2004 deutlich weniger Sicherheitswachebeamte geben. Daran ändert auch das kürzlich im Eilverfahren durchgepeitschte und völlig mangelhafte „Sicherheitspaket“ nichts.

Die schlechten Zahlen, die Strasser bislang unter den Tisch zu kehren versuchte, wurden in der Medienlandschaft in den letzten Wochen deutlich gemacht, so dass Strasser sich nicht mehr hinter seinen Zahlentricks verstecken kann. In dem Zusammenhang fällt aber auf, dass er anlässlich einer Sitzung des Budgetausschusses des Nationalrates am 17. Juni 2003 zu den Belangen des Innenressorts dem Parlament die Unwahrheit gesagt hat. Damals hat er ohne mit der Wimper zu zucken erklärt, Österreich sei das sicherste Land der Welt und im Vergleich zu der Zeit bevor er Innenminister wurde, noch sicherer geworden. Die Zahlen, die ihn jetzt, nachdem sie allgemein bekannt sind und Schönrediversuche nicht mehr wirken, dazu veranlassen, eine „gewisse unerfreuliche Entwicklung“ einzugestehen, waren aber zum

damaligen Zeitpunkt zum größten Teil auch schon bekannt. Das heißt nichts anderes, als dass der Innenminister das Parlament belogen hat, womit er rücktrittsreif ist.

Der österreichischen Bevölkerung fällt nämlich im Gegensatz zu Strassers Behauptungen auf, dass Wachzimmer und Gendarmerieposten geschlossen wurden, gewisse Posten gerade in der Nacht nicht mehr besetzt sind und die Präsenz der Exekutivorgane auf der Straße oder bei Verkehrskontrollen dramatisch gesunken ist.

Verstärkt wird dieser Trend auch durch die Frühpensionierungsregelung der Bundesregierung, die dazu führt, dass trotz massiver Pensionsabschläge hunderte Exekutivbeamte in die Frühpension flüchten. Diese Zahlen machen auch das Klima deutlich, welches bei den Bediensteten des Innenministeriums herrscht: Angst vor willkürlichen Versetzungen, Frustration über permanente Organisationsänderungen, die hauptsächlich parteipolitisch motivierte Zielsetzungen verfolgen, aber nicht die Stärkung der inneren Sicherheit Österreichs im Auge haben und ein generell schlechtes Arbeitsklima.

Auch der Versuch Strassers, die Übernahme der Zollwachebeamten als Personalaufstockung im Innenministerium zu verkaufen, ist schlichtweg der Versuch einer Fehlinformation. Diese Beamten nehmen nämlich ihre Aufgaben der Grenzkontrolle und damit zusammenhängender Tätigkeiten zum Großteil mit, so dass es sich in Wahrheit um einen schlichten Aufgabentransfer vom Finanzministerium ins Innenministerium handelt. Die wenigsten Zollwachebeamten werden daher zusätzlich für polizeiliche Aufgaben zur Verfügung stehen, solange Österreich Schengen-Außengrenzen hat. Das zeigen auch die uns vorliegenden Informationen zur geplanten Zuteilungen der etwa 1.050 Zollwachebeamten. Gerade einmal etwa 40 von ihnen sollen der BPD Wien zugeteilt werden, einer Behörde, der mindestens 1.000 Beamte fehlen.

Das „Kaputtsparen“ dieser Regierung macht also auch vor dem Innenministerium nicht Halt. Es gibt aber keine Sicherheit zum Nulltarif. Sicherheit kostet eben etwas. Mit weniger Geld, weniger Beamten und weniger Überstunden den selben hohen Standard aufrechtzuerhalten, für den Österreich berühmt war, bevor Strasser Innenminister wurde, kann nicht funktionieren. Vor allem dann nicht, wenn – wie sich Strasser immer wieder herauszureden versucht – die gestiegene Kriminalität einer angeblich weltweiten Entwicklung entspricht.

Wie sieht nun aber die Zukunft nach Strassers Vorstellungen aus? Das von „Team04“ vorgelegte Konzept zur Zusammenlegung der Wachkörper ist auf eine massive Macht- und Personalkonzentration beim vom Innenministerium aus gesteuerten neuen Wachkörper

„Polizei“ ausgerichtet und bedeutet nichts anderes als die Strukturierung der Sicherheitsexekutive nach einem militärisch-hierarchischen System unter zentralistischer Leitung. Am Ende soll ein durch und durch militärischer Wachkörper stehen, der völlig losgelöst ist von den Behörden, denen er zur Verfügung stehen soll. Das ist nicht nur inakzeptabel für eine liberale, demokratische Gesellschaft, das ist auch organisatorischer Unsinn, weil dadurch erst recht teure Doppelgleisigkeiten geschaffen werden. Die Zusammenlegung bringt weiters – so wie sie geplant ist – im Ergebnis die Auflösung von Bundespolizeidirektionen außerhalb Wiens und deren Zusammenlegung mit einem jeweils benachbarten Bezirksgendarmeriekommando. Daneben sollen zahlreiche Bezirksgendarmeriekommandos durch Zusammenlegungen de facto aufgelöst werden. Dass diese Vorgänge von Strasser dazu genutzt werden, weitere unliebsame Mitarbeiter zu entfernen bzw. zu versetzen, steht nach den Erfahrungen mit ihm als Innenminister völlig außer Zweifel. Konzepte zur Eindämmung der Kriminalität und zur Hebung der Aufklärungsquote fehlen völlig.

Die Sicherheit in Österreich bzw. deren stiefmütterliche Behandlung durch den Innenminister wird bereits seit einiger Zeit von der Opposition thematisiert. Wie bereits erwähnt, hat Minister Strasser im Budgetausschuss im Juni 2003 offenbar die Unwahrheit gesagt, will man nicht annehmen, dass die Opposition über genaueres und aktuelleres Zahlenmaterial aus seinem Ressort verfügt als er selber (was allerdings auch ein Rücktrittsgrund wäre). Darüber hinaus wurde an den Minister in der 37. NR-Sitzung am 12. November 2003 eine Dringliche Anfrage gestellt. Zu diesem Zeitpunkt spätestens – das ist wenige Wochen her – waren alle Daten und Zahlen hinsichtlich der gestiegenen Kriminalität und der gesunkenen Aufklärung, die nun in jüngster Zeit durch die Medien gingen, ausreichend bekannt. Dennoch hat der Minister auch bei der Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage nicht die Wahrheit gesagt, sondern selbst zu diesem Zeitpunkt noch versucht, die Zahlen schönzureden. Darüber hinaus hat er einen großen Teil der sehr konkreten an ihn gerichteten Fragen einfach überhaupt nicht beantwortet, weswegen er hiezu nun vor dem Bundesrat die Gelegenheit bekommen soll.

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

Anfrage:

- 1) Wie erklären Sie sich die dramatische Steigerung der Gesamtzahl der Delikte im Jahr 2002 um 20% auf fast 600.000 und noch weiter auf etwa 660.000 im Jahr 2003 im

Vergleich zum Jahr 1999? Warum ist gleichzeitig die Aufklärungsquote um 20% gesunken?

- 2) Was ist der Grund für das enorme Ansteigen der Vermögensdelikte von 1999 bis 2002 um 28%?
- 3) Warum hat die Aufklärungsquote aller gerichtlich strafbaren Handlungen im Jahr 2002 mit 40,79% einen Rekord-Tiefststand erreicht?

Verzichten Sie bitte bei der Beantwortung der Fragen 1) bis 3) auf die Behauptung, diese Daten wären wegen geänderter Statistiken nicht vergleichbar. Tatsächlich lassen sich diese Zahlen sehr wohl vergleichen; interessant sind in dem Zusammenhang lediglich die Gründe für die deutlichen Verschlechterungen.

- 4) Nach Ihren Aussagen über eine notwendige Aufstockung des Sicherheitspersonals: Wo fehlen wie viele Exekutivbeamte aufgliedert nach Bundesländern bzw. Behörden und Wachkörpern? Wie viele Planstellen sind insgesamt derzeit systemisiert, wie viele davon unbesetzt? Wie viele waren es zum Stichtag 17. Dezember 2002?
- 5) Wie viele Beamte werden Sie von der Zollwache übernehmen, welche Aufgaben müssen von diesen ehemaligen Zollwachebeamten „mitgenommen“ und daher weiter erfüllt werden und wann werden wie viele Zollwachebeamte tatsächlich für Zwecke der Sicherheitsexekutive zur Verfügung stehen?
- 6) Nach dem Vorliegen des Projektentwurfes von Team04: Welche Bezirksgendarmeriekommanden werden in Kärnten zusammengelegt? Welche Gendarmerieposten werden zu temporären Dienststellen umgewandelt?
- 7) Welche Bezirksgendarmeriekommandos sollen in den übrigen Bundesländern zusammengelegt werden? Wie viele Gendarmeriekommandos werden dadurch de facto geschlossen? Wie viele Planstellen gehen dadurch verloren? (jeweils Aufschlüsselung nach Bundesländern)
- 8) Wie viele Arbeitsplätze (systemisierte Planstellen) sollen durch die nun vorgestellte Reform im Bereich der Sicherheitswache, der Bundesgendarmerie, des Kriminaldienstes und der Sicherheitsverwaltung eingespart werden?

- 9) Welche Einsparungen ergeben sich nach dem neuen Dienstzeitmodell? Mit welchen Verlusten müssen E2a-Beamte im neuen Dienstzeitmodell rechnen? Sind Sie der Auffassung, dass sich die durch die Reduzierung von E1- und E2a-Planstellen geminderten Karrierechancen jüngerer Beamter motivierend auf diese auswirken? Welche Einsparungen werden durch die Pauschalierung der Reisegebühren, Neudefinition des Dienstortes sowie Zuteilungs- und Trennungsgebührenrechnung erwartet, und mit welchen finanziellen Verlusten haben die betroffenen Beamten zu rechnen?
- 10) Welche Einsparungen bringt die von Ihnen geplante Zusammenlegung der Wachkörper bis zum Ende des Jahres 2006 in Summe?
- 11) Warum weigern Sie sich, Ihre bisherigen angeblichen Reformen bzw. das Projekt von Team04 von einer internationalen Expertengruppe evaluieren zu lassen?
- 12) Warum versuchen Sie, allfällige Ergebnisse des Österreich-Konvents, der sich auch mit der Frage des Verhältnisses der Wachkörper zu den Sicherheitsbehörden beschäftigt, durch das Team 04-Projekt zu präjudizieren?

Die Fragen 1) bis 12) wurden Ihnen bereits im Rahmen der genannten Dringlichen Anfrage in der 37. Sitzung des Nationalrates am 12. November 2003 gestellt, von Ihnen aber entweder unvollständig oder gar nicht beantwortet.

- 13) Trifft es zu, dass es in der SCS bei Wien ein Stützpunktzimmer der Gendarmerie gibt, das aber nicht besetzt ist? Stimmt es, dass Personen, denen etwas gestohlen wurde, in der Annahme dorthin gingen, dies sei ein Wachzimmer und dann warten mussten, bis die Exekutive vom Posten Vösendorf eintraf?
- 14) Welche Pläne haben Sie mit den Bezirksgendarmeriekommanden Lilienfeld und St. Pölten-Land (*Obergrafendorf?*)? Wollen Sie diese schließen bzw. zusammenlegen?
- 15) Welche Pläne haben Sie mit den Bezirksgendarmeriekommanden Hermagor und Feldkirchen? Wollen Sie diese schließen bzw. zusammenlegen?
- 16) Können Sie mit Sicherheit ausschließen, dass Postenkommandanten, die ihre Besorgnis geäußert hatten, von Ihrem Ministerium telefonisch kontaktiert wurden um Ihnen mitzuteilen, dass ihre Posten auf jeden Fall geschlossen würden, wenn sie nicht „*die Panikmache von politischer Seite beenden würden*“?

- 17) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Personalsituation bei der Gendarmerie in Vorarlberg zu verbessern?
- 18) Kommt der im Herbst 2003 dem Vorarlberger Landesrat Ing. Erich Schwärzler zugesagte dritte Gendarmeriekurs im Jahr 2004 tatsächlich zustande?
- 19) Welche Maßnahmen werden Sie angesichts der dünnen Personaldecke setzen, um die Schengen-Außengrenze zur Schweiz nachhaltig zu sichern und damit die Anforderungen des Schengen-Abkommens zu erfüllen?
- 20) Welche Pläne haben Sie mit dem Cobra-Stützpunkt am Standort Salzburg? Haben Sie vor, ihn zu schließen?
- 21) Wie viele Planstellen sind in Salzburg (Land und Stadt) derzeit unbesetzt und wann werden diese besetzt? Planen Sie weitere Kürzungen in Salzburg? Wollen Sie Posten oder Wachzimmer in Salzburg schließen?
- 22) Dem Vernehmen nach haben Sie das in Ihrem Ressort vorgesehene Budget für Ihre persönlichen Dienstreisen bereits um das 11 fache überschritten. Wie viel an Kosten für persönliche Dienstreisen des Innenministers war (ist) budgetiert und wie viel an Kosten sind tatsächlich entstanden? Hat die enorme Höhe der Kosten etwas damit zu tun, dass Sie von ungewöhnlich vielen MitarbeiterInnen ungewöhnlich oft auf Dienstreisen begleitet werden?

Gem. § 61 Abs. 1 in Zusammenhang mit Abs. 3 GO-BR wird verlangt, diese Anfrage vor Eingang in die Tagesordnung dringlich zu behandeln.

